

Bundesamt für Bauten und Logistik
Sekretariat Beschaffungskommission
des Bundes
Holzikofenweg 36
3003 Bern

14. November 2008 HSC

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zu dieser Vorlage äussern zu können. Einzelne Vorschläge sind von grosser Bedeutung für die Arbeitsbedingungen sehr vieler Arbeitnehmenden. Wir haben die Vorlage daher auch mit andern Verbänden von Arbeitnehmenden, insbesondere dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund, diskutiert, unsere Stellungnahmen decken sich in den zentralen Punkten.

Zur Ausgangslage

Die öffentlichen Beschaffungen von Bund, Kantonen und Gemeinden umfassen ein Volumen von rund 33,5 Mrd. Franken (2004) bzw. rund 25 % der gesamten Staatsausgaben. Tangiert sind rund 300'000 Arbeitsplätze. Die Vorlage zielt auf eine effiziente(re) Nutzung öffentlicher Mittel. Sie soll die Akteure auf der Nachfrageseite wie auch die Anbieter zur permanenten Suche nach möglichst kostengünstigen Lösungen zwingen. Konkret erhofft sich der Bundesrat von der Revision, die u.a. auf eine Teilvereinheitlichung und den Einsatz neuer Informationstechnologien setzt, ein Einsparpotential von 1,2 Mrd. Franken.

Der KV Schweiz unterstützt das Ziel, öffentliche Beschaffungen effizient vorzunehmen. Der Staat als Auftraggeber hat aber auch noch andere, ihm übertragene Pflichten zu beachten. So ist das öffentliche Beschaffungswesen auch ein Instrument zur Gestaltung wirtschaftspolitischer Handlungsräume. Weiter beinhaltet die Vergabe öffentlicher Aufträge die Möglichkeit, gesellschaftspolitische Vorgaben wie Lohngleichheit von Frau und Mann konkret umzusetzen. Zentral ist für uns als Angestelltenorganisation, dass die Vorlage nicht zu einem Wettbewerb via Lohn- und Sozialdumping führen darf. Aufträge der öffentlichen Hand dürfen nur an Anbieter erteilt werden, welche die lokalen Arbeitsbedingungen respektieren und die Lohngleich-